

Lohnarbeit abschaffen oder Klima retten?

Mit der Weltwirtschaftskrise sind Ausbeutung, Armut und Naturvernichtung explodiert
– was heißt das für den zukünftigen Widerstand?

Kapitalistische Arbeitsgesellschaft am Ende?

Mit der Bundestagswahl haben wir in der BRD eine Koalition aus CDU/CSU und FDP bekommen, den neuen Vorstand des ideellen Gesamtkapitalisten.

Der Koalitionsvertrag bedeutet eine Fortsetzung der von den SPD/Grünen- und CDU/SPD-Regierungen begangenen sozialen Grausamkeiten. Entgegen der Forderungen der FDP im Wahlkampf und danach sind die von vielen WählerInnen der FDP erwarteten Verbesserungen bei den BürgerInnenrechten im Koalitionsvertrag nicht enthalten. Die Formulierungen verlieren sich im Wesentlichen in Prüfaufträgen zur Wirksamkeit der Überwachungsmaßnahmen bzw. in Hinweisen auf die ohnehin notwendige Berücksichtigung anstehender Urteile des Bundesverfassungsgerichtes.

Es wird eine weitere Demontage des Gesundheitssystems geben, freie Fahrt für Atomanlagen, Fortsetzung der imperialistischen Außenpolitik einschließlich des Krieges in Afghanistan, die Steuern fürs Kapital werden gesenkt und der Staat finanziell handlungsunfähiger. Weil auch den Ländern und Kommunen aufgrund der Weltwirtschaftskrise Steuermittel fehlen werden, wird es auch hier zu Kürzungen im sozialen Bereich kommen.

Bei der Finanzierung der Gesundheitsversorgung wurde bereits durch die SPD/Grünen-Regierung ein erster Schritt dazu gemacht, den angeblichen Solidarpakt aufzukündigen, nach dem Kapital und Lohnabhängige früher im gleichen Umfang Beiträge zur Krankenversicherung gezahlt haben. Ab Juli 2005 war der Anteil der Lohnabhängigen am Krankenversicherungsbeitrag um 0,9 Prozent höher als der Anteil des Kapitals, egal ob der Gesamtbeitrag stieg oder fiel. Mit dem so genannten Gesundheitsfonds, den die nachfolgende Regierung aus SPD und CDU einführte, wurde ein einheitlicher Krankenkassenbeitrag für alle gesetzlichen Krankenkassen eingeführt, die ungleiche Verteilung blieb. Allerdings wurde es den einzelnen Krankenkassen erlaubt, einen Zuschlag von ihren Versicherten zu verlangen, der vom Lohn abhängig ist und maximal 1 Prozent des Bruttolohns betragen darf. Jetzt wird von der CDU/CSU/FDP-Regierung der Anteil des Kapitals am Krankenversicherungsbeitrag auf 7 Prozent vom Bruttolohn festgeschrieben. Der Anteil der Lohnabhängigen beträgt zurzeit 7,9 Prozent. Künftige Erhöhungen des Krankenkassenbeitrags müssen die Lohnabhängigen alleine tragen. Außerdem will die CDU/CSU/FDP-Regierung nun die Lohnbindung des Zusatzbeitrags abschaffen. Dass sich Menschen mit relativ hohem Einkommen, das über der so genannten Beitragsbemessungsgrenze liegt, mit einer Privatversicherung der Solidargemeinschaft der gesetzlich Versicherten entziehen können, wird auch von der CDU/CSU/FDP-Regierung beibehalten.

Der angebliche Solidarpakt zwischen Kapital und Lohnarbeit war nie einer, denn das Kapital, das 100 Prozent der Profite für sich behält, zahlte immer nur maximal 50 Prozent der Sozialversicherungsbeiträge.

Das geplante Stufenmodell bei der Einkommenssteuer wird nicht zu mehr Gerechtigkeit führen, sondern in erster Linie denen nützen, die ein hohes Einkommen haben.

Die FDP hat Verbesserungen bei den Hartz-IV-Regelungen durchgesetzt, die die soziale Schicht betreffen, aus der ihre WählerInnen stammen, und dem Vermögensschutz und dem Schutz des selbstgenutzten Immobilienbesitzes dienen. Denjenigen, die etwas haben, wird also nicht mehr soviel genommen, diejenigen die eh nichts haben, brauchen nichts dazu, ist das Motto der FDP. Zwar sollen für alle die Zusatzverdienstmöglichkeiten verbessert werden. Andererseits drohen mit der beabsichtigten Pauschalierung der Energie- und Nebenkosten und eventuell auch des Betrages für die Wohnungskosten vor allem den vielen Betroffenen ohne Wohneigentum herbe Einschnitte in ihre minimale Versorgung.

Ein erster Schritt, den Kündigungsschutz weiter zu demontieren, ist die Zulassung von wiederholten befristeten Arbeitsverträge beim selben Betrieb, wenn eine Wartezeit von mindestens einem Jahr vergangen ist.

Nochmal ein Rückblick zur Bundestagswahl 2009:

Das Wahlergebnis war vor allem für die **SPD** vernichtend, aber auch die **CDU/CSU** musste Verluste hinnehmen.

2,1 Millionen ehemalige WählerInnen der **SPD** blieben einfach zu Hause.

1,1 Millionen ehemalige **SPD**-WählerInnen gaben ihre Stimme der sozialdemokratischen Alternative, der **Linkspartei**, fast genauso viele WählerInnen verlor die **SPD** an die **Grünen**. Auch an die **CDU** und die **FDP** musste die **SPD** große Stimmanteile abgeben.

Wegen eines vermeintlichen Linksdralls der **SPD** wollten viele rechte SozialdemokratInnen die **SPD** nicht mehr wählen und entschieden sich, wie auch der ehemalige **SPD**-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement empfohlen hatte, für die **FDP**.

Der mit 2,6 Prozent relativ geringe Zuwachs der **Grünen** hat nichts mit einer ökologischen Überzeugung dieser WählerInnen zu tun. Er stammte im Wesentlichen von antikommunistisch eingestellten ehemaligen WählerInnen der **SPD**, die ihre Stimme nicht der sozialdemokratischen Alternative, der **Linkspartei**, geben wollten.

Und einige Stimmen kamen vielleicht auch noch wegen der Zuspitzung der Anti-AKW-Frage.

Der Stimmenzuwachs, der der **Linkspartei** von der **SPD** zufloss, wurde zu einem großen Teil zunichte gemacht durch einen erheblichen Verlust, der von der **Linkspartei** zu den **NichtwählerInnen** abfloss. Diese **SPD**-Stimmen für die **Linkspartei** können ebenso marginalisiertes KleinbürgerInnentum wie gefährdete FacharbeiterInnen oder Teile des linken Gewerkschaftsflügels gewesen sein.

Die **FDP** profitierte bei ihrem Stimmengewinn hauptsächlich von der WählerInnenwanderung eines Teils des wohlhabenden BürgerInnentums, des Mittelstands weg von der **CDU** und insbesondere der **CSU** innerhalb des bürgerlichen Lagers hin zur **FDP**. Diese WählerInnen wollten mit ihrer Entscheidung eine große Koalition verhindern bzw. eine bürgerliche

Koalition erzwingen und ein kleinerer Teil, besonders in Bayern ihre Reste bürgerlicher Freiheit retten gegen die grenzenlose Überwachungsgier.

Bei den WählerInnen zwischen 18 und 24 Jahren verlor die **SPD** 21 Prozentpunkte und kam nur noch auf 17 Prozent, inzwischen deutlich weniger als die **CDU**, die in dieser WählerInnengruppe im Vergleich zu 2005 fast unverändert 25 Prozent hatte.

16 Prozent der jüngsten WählerInnengruppe haben **Grüne** gewählt, 15 Prozent die **FDP** und nur 12 Prozent die **Linkspartei**. Weitere 15 Prozent entfielen auf **sonstige Parteien**, wobei 13 Prozent der männlichen Erstwähler ihre Stimme der **Piratenpartei** gegeben haben, Konservative mit virtuellen Freiheitswünschen und im Cocktail auch ein bisschen reaktionäre Anarchie.

Mit 18,1 Millionen von ca. 62 Millionen Wahlberechtigten gingen 2009 29 Prozent **nicht** zur Bundestagswahl. Damit stellen erstmals in der Geschichte der BRD die **NichtwählerInnen** die größte Gruppe der Wahlberechtigten.

1,5 Prozent der Menschen, die zur Wahl gingen, wählten **ungültig**. Das waren etwa gleich viele wie 2005.

Die große Gruppe der Unzufriedenen, das heißt der **NichtwählerInnen** und **UngültigwählerInnen**, ist auch ein Indiz für das Durchschlagen der Krise. Diese Gruppe ist allerdings weltanschaulich bzw. politisch höchst heterogen von rechtsaußen bis linksradikal.

Die Grundlage für die Politik, die CDU/CSU und FDP jetzt im Auftrag des Kapitals machen müssen, sind die zerstörerischen Folgen der Weltwirtschaftskrise und die staatlichen Versuche, sie im kapitalistischen Gesamtinteresse einigermaßen zu bewältigen. Der Staat des Kapitals hat sich scheinbar im Interesse des gesamten deutschen Kapitals enorme Belastungen aufgebürdet. Der Staat gleicht den krisenbedingten Ausfall der Profite eines Teils des Kapitals mit seinen Subventionen aus. Er sorgt damit dafür, dass die Betriebe, die die Wirtschaftskrise, die Zeit verschärfter Konkurrenz überleben, gestärkt aus der Krise hervorgehen werden. Sie können ihre Profitmasse auf Kosten des vernichteten Kapitals erhöhen. So ermöglichte beispielsweise der Staat der Commerzbank mit seiner finanziellen Unterstützung die Dresdner Bank zu kaufen. Die Schwäche des einen Kapitals führt zur Stärkung des anderen auf einer neuen Stufe der Profite, also weitere Kapitalkonzentration und Profitmaximierung.

Die Geschenke des Staats an das Kapital im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise werden von 2010 bis 2013 mindestens 300 Milliarden Euro allein auf Bundesebene kosten, in den Ländern und Kommunen kommen mindestens 40 Milliarden dazu. Es sollte uns aber auch nicht überraschen, wenn es 600 oder noch mehr Milliarden werden. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP sind Steuererleichterungen für den Teil der Bevölkerung mit Kindern vereinbart. Diesen Verlust an Finanzmitteln wird die neue Regierung bald ausgleichen, indem sie insgesamt die Abgaben für Krankenversicherung und Pflegeversicherung anheben wird – und zwar einseitig zu Lasten der Lohnabhängigen, das Kapital wird von Erhöhungen befreit.

Das mit dem sozialen Terror des letzten Jahrzehnts von Staat und Kapital verfolgte Ziel, 2011 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt ohne neue Schulden zu erreichen, wurde durch die Weltwirtschaftskrise gründlich verhaselt. War die Neuverschuldung bis zum Jahr 2008 auf etwa 11 Milliarden Euro durch zahlreiche soziale Grausamkeiten heruntergefahren

worden, so mussten für 2009 etwa 50 Milliarden Euro neue Schulden gemacht werden. 2010 werden es aufgrund der staatlichen Interventionspolitik zur Stützung des kapitalistischen Verwertungsprozesses und für Verluste der Banken, die der Staat zu tragen bereit ist, voraussichtlich allein auf Bundesebene mindestens etwa 100 Milliarden Euro werden.

Um einer immer weiter steigenden Verschuldung des Staates vorzubeugen, wurde 2009 die so genannte Schuldenbremse beschlossen. Ein Verarmungsprogramm für viele Lohnabhängige und diejenigen, die ohne oder mit Arbeit von Staatszuwendungen abhängig sind, erhielt Verfassungsrang. Ab 2016 darf die Bundesregierung jährlich nur noch maximal 0,35 Prozent des Werts des Bruttoinlandsprodukts als neue Schulden aufnehmen. Die Bundesländer dürfen ab 2020 gar keine neuen Schulden mehr machen. Ausnahmen sollen nur in außergewöhnlichen Notlagen möglich sein. Aus wahltaktischen Gründen und zur Finanzierung der Krisenbewältigungsmaßnahmen wird die Ausnahme von Anfang an in Anspruch genommen. Ob, wie geplant und von der Übergangsregelung im Grundgesetz zur Schuldenbremse gefordert, ab 2011 bis 2016 die Neuverschuldung tatsächlich auf Null zurückgefahren werden kann, ist mehr als fraglich, zumal gleichzeitig den BürgerInnen Steuererleichterungen versprochen werden.

Die Verschuldung des Staates und die Neuverschuldung 2010 sind insgesamt so hoch wie noch **nie** in der Geschichte der BRD. Gleichzeitig brechen die Profite vieler Betriebe ein, die Arbeitslosigkeit steigt, voraussichtlich wird von denen, die vom Kapital aus der Lohnarbeit ausgekotzt werden, weniger konsumiert werden. Das alles führt dazu, dass Lohnabhängige und Betriebe in der Gesamtsumme weniger Steuern zahlen, die Staatseinnahmen sinken von der Bundesebene bis hinunter zur Kommune.

2010/2011 wird die amtlich festgestellte Arbeitslosigkeit voraussichtlich auf über 5 Millionen Menschen steigen. Tatsächlich sind es dann aber 9 bis 10 Millionen. Offiziell waren im September/Oktober 2009 3,5 Millionen Arbeitslose und 1,5 Millionen KurzarbeiterInnen zu verzeichnen. Wenn die Kurzarbeit ausläuft, haben wir allein dadurch mindestens 500 000 Arbeitslose mehr. Die Regelung der Kurzarbeit ist ein profitables Geschäft, sie dient dem Profit des Kapitals, das nur noch einen Teil des Lohnes zahlen muss. Den Rest des Geldes zahlt der ideelle Gesamtkapitalist, der es von den SteuerzahlerInnen holt und an die Konzerne weitergibt. Im Gegensatz zur SPD hat die CDU von der damit vor der Bundestagswahl erkauften Stabilität der Arbeitslosenzahl profitiert, so dass im Bundestag eine CDU/CSU/FDP-Regierung gewählt werden konnte. Die Kurzarbeiterregelung wurde im November 2009 auch für 2010 verlängert, aber ihre Laufzeit im Vergleich zu 2009 von 24 Monaten auf 18 Monate gekürzt. Damit wird eine größere Entlassungswelle bis 2012 verhindert.

Die in den nächsten Jahren drohenden Grausamkeiten werden auch viele derjenigen treffen, die noch regulär lohnarbeiten. Dabei ist ihre Situation schon durch die vorangegangene Beschneidung tariflicher Rechte unsicherer geworden. Mit so genannten Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen wird es Betriebsräten ermöglicht, gemeinsam mit dem Kapital Vereinbarungen zu treffen, mit denen betriebsspezifisch die tariflichen Vereinbarungen unterlaufen werden können. Eine weitere Maßnahme des Kapitals in faktischer Partnerschaft mit den Gewerkschaften war und ist die Ausgliederung von Teilbetrieben, für die die Tarifverträge dann nur noch ein Jahr gelten oder die Möglichkeit, völlig neue Betriebe zu gründen, und dort Menschen zu beschäftigen, für die die Tarifverträge nicht mehr gelten. Hinzu kamen in den letzten Jahren Lohnkürzungen durch das zunehmende Streichen von Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld, aufgezwungener Lohnverzicht und Arbeitszeitverlängerun-

gen mit Zustimmung der Gewerkschaft, um ökonomisch angeschlagene Betriebe zu retten und die Plötzlichkeit der Kurzarbeit, für deren Ankündigung eine Frist von 14 Tagen genügt.

Neben den zukünftigen sozialen Grausamkeiten werden die Menschen durch die beschleunigte Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen bedroht. Staatliche Maßnahmen für den Schutz der Natur werden weiter zurückgefahren werden.

Es wird noch weniger gegen die Klimakatastrophe getan werden. Die völlig unzureichenden Klimaschutzziele wurden und werden weiter aufgeweicht. Auf dem Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember 2009 wird unter anderem die unwirksame Krücke des so genannten Emissionshandels als Lösung der beginnenden Klimakatastrophe propagiert werden. Jede Regierung kann dabei die Gesamtmenge der dem Land zugestandenen Emissionen auf seine Kapitalfraktionen verteilen, die untereinander damit handeln können. Je stärker ein Kapital ist, desto größer ist dabei sein Recht, das Klima zu zerstören. Hinzu kommt die Möglichkeit, mit den so genannten nationalen Emissionsrechten zu handeln. Im Koyoto-Protokoll für den Klimaschutz war der Handel mit den nationalen Höchstmengen dafür gedacht, dass das kapitalistische Zentrum USA für seine überhöhten CO₂-Emissionen Geld an osteuropäische Länder des ehemaligen RGW-Blocks zahlt, die in der Folge der Deindustrialisierung großer Teile ihrer Wirtschaft, insbesondere der Schwerindustrie, weniger CO₂ ausstoßen, als ihnen zugestanden wurde. Da aber die USA das Koyoto-Protokoll nicht ratifiziert haben, besteht jetzt die Möglichkeit für Länder aus dem kapitalistischen Zentrum EU-Europa, sich Rechte für eine unvermindert fortgesetzte oder sogar für eine gesteigerte Zerstörung des Klimas zu erkaufen. Schon jetzt ist klar, dass in Kopenhagen kein ausreichendes Klimaschutzabkommen beschlossen werden wird. Vor allem für den Trikont werden die Klimaveränderungen katastrophale Ausmaße annehmen, den Hunger weiter verschlimmern.

Nach wie vor wird das falsche Argument verbreitet, die Atomkraft diene dem Klimaschutz. Damit soll die mörderische Atomtechnologie gerechtfertigt und ihre Anwendung verlängert werden. Die Atomfusion droht als radioaktiv strahlende Zukunft.

Auch die Auto-Abwrackprämie war nichts anderes als die kurzfristige Stützung der Profitmasse des Kapitals, hier der Autokonzerne, einer deutschnationalen Schlüsselindustrie. Es handelte sich um die staatlich organisierte Vernichtung von Konsumgegenständen. Gleichzeitig wurde der Konsum mit staatlichen Schulden fürs private Kaufen angeheizt. Nebensächlich hierbei sind die schädlichen Wirkungen für Mensch und Natur.

Mittel- bis langfristig erzeugte diese branchenspezifische Intervention des ideellen Gesamtkapitalisten eine staatlich geförderte Autoblaste, die das Nachfrageloch nur zeitlich nach hinten verschiebt. Die zukünftige Autoproduktion auf Halbe, weil KonsumentInnen fehlen, wird auch in der Autobranche verspätet zu Massenentlassungen bzw. Konzernzusammenbrüchen oder/und Fusionen führen. Zudem werden besonders im bereits ausgelagerten Teil, den Zulieferfirmen mit ihren NiedriglohnarbeiterInnen, viele Arbeitsplätze verloren gehen. Ebenso wird die Abwrackprämie den Gebrauchtwagenhandel und die kleinen Autowerkstätten schädigen.

Der Kapitalismus ist in dieser Weltwirtschaftskrise nicht zusammengebrochen. Weltweite Maßnahmen haben ihn zunächst weitgehend stabilisiert, wenn auch auf deutlich niedrigerem Produktionsniveau als noch vor einem Jahr. In erster Linie das weltweit größte Konjunkturprogramm Chinas, aber auch die Konjunkturmaßnahmen der kapitalistischen Zentren USA, EU-Europa und Japan haben die Verwerfungen in für das gesamte Kapital erträglichen

Grenzen gehalten. Für die Menschen gilt das nicht. Besonders grausam und zerstörerisch sind die Auswirkungen im Trikont, in den die kapitalistischen Zentren die Folgen der Weltwirtschaftskrise mit ihrer Finanzkraft verschieben können. Hunger, Durst, Krankheit und Tod sind dort an der Tagesordnung. Aber davon erfahren die Menschen in den kapitalistischen Zentren nichts oder nur wenig.

Noch nie litten so viele Menschen auf der Welt an Hunger, wie im Jahr 2009. Selbst die geschönten offiziellen Zahlen der UNO sagen, dass deutlich über eine Milliarde Menschen hungert, das ist ein Sechstel der Weltbevölkerung. Noch nie hat es einen so starken Anstieg des Hungers gegeben wie die Zunahme von 10 Prozent von 2008 auf 2009 in Folge der Weltwirtschaftskrise. Der Hunger hat dabei nichts mit schlechten Ernten zu tun. Vor der Weltwirtschaftskrise waren die Lebensmittelpreise spekulativ in die Höhe getrieben worden, sanken aber in der Krise nur wenig. Die Einkommen der Menschen in den vom Export von Rohstoffen abhängig gemachten Ländern des Trikont sanken aber dramatisch, die Arbeitslosigkeit steigt weiter. Die Staaten des Trikont können weniger ihrer Rohstoffe exportieren, es kommen weniger Kapitalimporte aus den kapitalistischen Zentren und Unterstützungszahlungen von MigrantInnen im Ausland bleiben aus, weil sie von der Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Zentren und teilweise in Asien besonders betroffen sind. Dramatisch breitet sich die extreme Armut in den Städten Afrikas aus. Die Rückgänge der Exporteinnahmen sind 2009 auf Rekordniveau, 40 Prozent in Asien, 50 Prozent in Afrika, 60 Prozent in Lateinamerika.

Nach dem G-20-Gipfel von London im April 2009 wurden die Mittel des IWF zur Bewältigung der Krise aufgestockt. Die Verteilung des Geldes zeigt, dass der IWF nach wie vor als Instrument der kapitalistischen Zentren gegen den Trikont funktioniert. 82 Prozent dieser zusätzlichen Mittel des IWF gingen nach Europa, Afrika erhielt nur 1,6 Prozent. Dabei wären die gesamten Hilfen, die ganz Afrika versprochen wurden und bisher nicht eingelöst wurden, mit 20 Milliarden Dollar (etwa 15 Milliarden Euro) lächerlich gering im Vergleich zu den Summen, die in den kapitalistischen Zentren von den ideellen Gesamtkapitalisten zur Rettung der Banken verprasst werden.

In China hatten Anfang 2009 etwa 40 Millionen von 200 Millionen WanderarbeiterInnen ihren Lohnarbeitsplatz verloren. Zwar weist China mit 8,9 Prozent zurzeit relativ hohe Wachstumsraten aus und die Zahl der arbeitslosen WanderarbeiterInnen geht zurück, diese Entwicklung steht aber im Zusammenhang mit dem Konjunkturprogramm, das die Infrastruktur und direkt oder indirekt die Binnennachfrage stärkt.

Auch in den kapitalistischen Zentren sind die Menschen zunehmend von der Krise betroffen. In Japan verloren viele Lohnabhängige mit ihrem Arbeitsplatz auch ihre Wohnungen, die den Betrieben gehören. Nachdem eine von privatem Kapital betriebene Zeltstadt für diese Menschen in einem Park in Tokio für Aufsehen sorgte, beschloss die Regierung, selbst Notunterkünfte bereitzustellen. Die Arbeitslosigkeit in Japan stieg im Juni 2009 so stark wie nie zuvor seit dem Ende des 2. Weltkriegs. In Spanien liegt die offizielle Arbeitslosigkeit bei 20 Prozent. In den USA sind inzwischen 10 Prozent der Lohnabhängigen arbeitslos und ihre Zahl steigt weiter. Insgesamt sind dieses Jahr in den USA schon über 100 kleinere Banken zusammengebrochen, während die größeren, die vom Staat gerettet wurden, zum Teil aus ihren Spekulationsgewinnen die Staatshilfe bereits zurückgezahlt haben, um wieder unbeschränkte Bonuszahlungen/Prämien an ihre MangerInnen zahlen zu können. In Großbritannien haben viele Lohnabhängige große Schulden angehäuft in der Hoffnung auf bessere Zeiten, jetzt ist die Wirtschaft um über 5 Prozent geschrumpft und Großbritannien erlebt die schwerste und längste Rezession seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1955.

Die weltweite kapitalistische Krise geht weiter. Trotz aller staatlicher Auffangmaßnahmen zur Abmilderung der kapitalistischen Krise gibt es in der BRD bisher nur eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau für Teilbereiche der Wirtschaft. Wie dramatisch sich das Auslaufen bestimmter staatlicher Hilfsprogramme und die verminderte Kaufkraft von Teilen der KonsumentInnen auf die ökonomische Entwicklung auswirken wird, ist im Moment offen.

Aber alles, was die herrschende Politik im Einklang mit dem Kapital unternimmt, zielt ab auf ein weiter so. Die leeren, nach Fortschritt klingenden Propagandafloskeln wie die des Green New Deals von Teilen des BürgerInnentums verdecken nur das »weiter so«. Beim Green New Deal sollen mit Staatshilfe Arbeitsplätze geschaffen werden, was nichts anderes heißt, als dass der Verwertungsprozess unter anderem mit angeblichen Maßnahmen für die Umwelt angekurbelt werden soll. Die Ausbeutung durch die Lohnarbeit soll ebenso erhalten bleiben wie die Grundlagen der ökologischen Zerstörung. Der Green New Deal steht in keinem Widerspruch dazu, dass das Kapital alles im Griff behält. Die alte Schiene zentraler Großtechnologien zur Energieversorgung wird zum Beispiel beim Projekt Desertec in Form von riesigen Solaranlagen in der Wüste Nordafrikas verlängert. Desertec wird unter anderem von Greenpeace, den Grünen und dem Club of Rome unterstützt.

Die Verschuldung des Staates ist de facto eine staatliche Erhöhung der Profite der Konzerne bei gleichzeitiger Enteignung der Lohnabhängigen. Die Zuspitzung von Ausbeutung und Zerstörung in Krisenzeiten des Kapitalismus, das heißt in Zeiten des verschärften Klassenkampfes von oben, drängt nach mehr Klassenkampf von unten, nach Aufruhr, Widerstand der Lohnabhängigen und der aus dem Arbeitsprozess Ausgeschlossenen. In der BRD treffen Staat und Kapital aber auf Menschen, die sich mit ihrem elenden Dasein als Lohnabhängige abgefunden haben. Das ist die Folge einer jahrzehntelangen im Kern sozialdemokratischen, reformistischen Prägung der Gesellschaft, einer systemimmanenten Zurichtung der Menschen als produktive Untertanen.

Die gelungene Integration der ArbeiterInnen in den Kapitalismus, die Entschärfung der Klassenkämpfe und der Forderungen der ArbeiterInnen, wurde auch durch strukturelle Zugeständnisse wie das Betriebsverfassungsgesetz in den 1950er Jahren erreicht, weil es eine Friedenspflicht der Arbeitervertretung zugunsten des Wohls der Kapitalisten mit sich brachte ebenso wie in der Rechtssprechung des Bundesarbeitsgerichts das Verbot des politischen Streiks. Der Reformismus hat also gezielt eine Staats- und Streikordnung installiert, die den offenen Klassenkampf für eine befreite Gesellschaft, für den Kommunismus, oder auch nur für einen zu hohen Anteil der ArbeiterInneneinkommen am realisierten Profit verhindern und kriminalisieren sollte. Wilde Streiks sind verbotene Streiks. Gleichzeitig wurde das Wohlergehen durch eine Mindestteilnahme am Konsum, materielle Teilhabe am geschaffenen Wert abgesichert, auch soziale Marktwirtschaft genannt.

Dazu kam mit dem Fortschritt der Produktivkräfte die Zersplitterung der Arbeiter- und ArbeiterInnenklasse und die teilweise Verdrängung aus der Fabrik. Die klassische FacharbeiterInnenschaft in den Fabriken verlor zunehmend ihre Bedeutung für organisierte Arbeitskämpfe. Die gemeinsame soziale Lage der Lohnabhängigen wurde immer weniger erfahrbar. So wurde die ArbeiterInnenklasse entpolitisiert und im subjektiven Bewusstsein zerstört. Die Gewerkschaften verloren zunehmend an Bedeutung, da sie ihre Aufgabe als Partner des Kapitals sehen, und nicht mehr als Interessenvertretung der Lohnabhängigen.

Zwar blieb für die Lohnabhängigen die objektive Notwendigkeit, gemeinsam zu kämpfen, aber dieser objektiven Notwendigkeit folgte subjektiv kaum noch eine angemessene Reaktion solidarischen Handelns. Die Lohnabhängigen ergaben sich mehr und mehr der Sozialpartnerschaftsideologie, die vorgab, nur durch den Verzicht der Lohnabhängigen könnten nationales Kapital und Arbeit gemeinsam überleben.

Antikapitalistischer Widerstand in der Fabrik ist in den kapitalistischen Zentren und Teilen der Peripherie zurzeit nur noch punktuell möglich. Die Hoffnung, Widerstand könne sich in anderen Bereichen, also insbesondere im Reproduktionsbereich, entfalten, wurde gestützt durch die erfolgreichen Kämpfe sozialer Bewegungen, zum Beispiel dem Häuserkampf. Vor allem aber die Anti-AKW-Bewegung der 1970er Jahre mit ihrer Massenmilitanz war so erfolgreich, dass der Staat sie im so genannten Deutschen Herbst 1977 »militärisch« zerschlug.

Die Atomisierung, die Vereinzelung der Menschen und die Zersetzung ihres kollektiven Bewusstseins in der Lohnarbeit wirkt auch in den Reproduktionsbereich hinein. Wenn sie in ihrem eigenen Bewusstsein isoliert sind, sind Menschen praktisch auf sich allein gestellt. Solidarisches Handeln muss vielfach erst wieder erlernt und zusammengeführt werden, wofür es einer organisatorischen Kraft bedarf. Diese Kraft müsste organisiert sein gegen CDU/CSU und FDP, die per se sich als KapitalvertreterInnen verstehen, gegen die SPD, die auch nichts anderes ist als eine Partei des Kapitals, aber auch gegen die Linkspartei, die wie die anderen zwar das eine oder andere verspricht, aber immer dann, wenn sie etwas zu entscheiden hat, nichts anderes ist als die Vollstreckerin der Interessen des Kapitals gegen die Ausgebeuteten.

Trotz dieser Solidarität zersetzenden objektiven Prozesse der letzten Jahrzehnte bietet die kapitalistische Krise die Möglichkeit, wieder breit über den Kapitalismus und seine verheerenden Folgen zu diskutieren und ihn radikal in Frage zu stellen. Die zunehmende Zerstörung der materiellen Sicherheit, die durch die Weltwirtschaftskrise und die Folgen ihrer Bewältigung beschleunigt wird, lässt viele Menschen wieder am Kapitalismus zweifeln. Da entstehen Risse im System, in die eine organisierte politische Kraft eingreifen kann, um bei möglichst vielen ein antikapitalistisches, emanzipatorisches Bewusstsein zu schaffen.

Das ist nur möglich durch die Verbindung von antikapitalistischer Aktion und Theorie, die nur von einer antireformistischen antinationalen Linken geleistet werden kann. Die Orientierung eines Teils der radikalen Linken, der Konzessionen macht an neue sozialdemokratische Vorstellungen einer reinen Umverteilungspolitik, ist falsch und nur eine neue Integrationsrunde in die zerstörerische Logik des Kapitalismus. Sie desorientiert die Menschen. In der Linkspartei-Variante gaukelt sie gar den sanften Weg in den Sozialismus vor. Wer sich der Verteilungslogik im Kapitalismus unterwirft, muss in der kapitalistischen Krise Teil der VerelendungsagentInnen sein. Letztlich ist der Widerstand, der Klassenkampf nur antikapitalistisch, wenn er als Ziel die Abschaffung der Lohnarbeit und der Verwertungsmechanismen des Kapitalismus hat und auf den Aufbau einer emanzipatorischen Gesellschaft abzielt, die wir auch Kommunismus, wie Marx ihn definierte, nennen können. Das kann Kämpfe miteinschließen gegen das alltägliche Elend des Kapitalismus, Kämpfe, in denen es um die legitime Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen im Hier und Jetzt geht.

Das angebliche Ende der so genannten Arbeitsgesellschaft ist nicht das Ende der Lohnarbeit

Das Modell der Arbeitsgesellschaft fußt auf der Vorstellung, dass durch Massenproduktion verbunden mit Massenkonsum dauerhaft eine die Lohnabhängigen befriedende Teilhabe am von ihnen produzierten gesellschaftlichen Reichtum möglich wird. Voraussetzung dafür ist, dass das Kapital genügend Lohnarbeit anbieten kann, die sowohl die Bezahlung der Ware Arbeitskraft zu ihrem Wert als auch dem Kapital Profite ermöglicht.

Die Lohnarbeit bildet dann die Grundlage für individuellen Konsum wie für die Einzahlungen in die sozialen Sicherungssysteme, aus denen die Lohnabhängigen Leistungen bei Krankheit und Arbeitslosigkeit und im Alter erhalten.

Dieses Modell der Arbeitsgesellschaft setzt voraus, dass möglichst alle bzw. viele arbeitsfähige Menschen in das Lohnarbeitssystem integriert sind. Dazu ist die so genannte Vollbeschäftigung notwendig. Die ist im Kapitalismus aber keineswegs die Regel, sondern eine seltene Ausnahme, die nur in historischen Sonderbedingungen und unter Umständen mit Hilfe des Staates, des ideellen Gesamtkapitalisten erreicht werden kann, wie in starken Wachstumsphasen, durch Konjunkturprogramme oder wie im antikommunistischen Frontstaat BRD nach dem 2. Weltkrieg.

Tatsächlich ist selbst in diesen Phasen die Arbeitsgesellschaft pure Ideologie. Wenn viele Männer Lohnarbeit haben, dann noch lange nicht die Frauen. Durch so genannte Bedarfsgemeinschaften, die klassische ist im Kapitalismus die Familie, können die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft gesenkt werden. Die Hausarbeit, in erster Linie von Frauen verrichtet, senkt die Reproduktionskosten des lohnarbeitenden Mannes, woraus sich umgekehrt die Verpflichtung des Mannes ableitet, die Frau bzw. seine Familie zu versorgen, wobei sich das im Kapitalismus nur als spezifische patriarchal-kapitalistische Abhängigkeit der Frauen von ihren Ehemännern verwirklichen kann. Denn das der Bedarfsgemeinschaft zur Reproduktion insgesamt zur Verfügung stehende Geld wird exklusiv an den Lohnarbeiter ausgezahlt. Das schließt nicht aus, dass in diesen Abhängigkeitsverhältnissen Frauen die Rolle von Männern und Männer die Rolle von Frauen übernehmen können. In den Fällen, in denen sowohl Männer als auch Frauen innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft Lohnarbeit verrichten, sind Frauen in der patriarchal-kapitalistischen Herrschaft in der Regel benachteiligt. Sie bekommen für die gleiche Arbeit im Durchschnitt weniger Geld.

Vollbeschäftigung im Kapitalismus ist nie Vollbeschäftigung. Bis zu einem gewissen Grad ist die Arbeitslosigkeit von Menschen für die möglichst reibungslose Verwertung des Kapitals Voraussetzung.

Karl Marx spricht hier von der industriellen Reservearmee. Vollbeschäftigung im Kapitalismus ist immer nur eine Annäherung an eine als ideal vorgestellte Größe der Arbeitslosigkeit. Von dieser Größe hängt wesentlich der Preis der Ware Arbeitskraft ab. Wie Marx herausgearbeitet hat, ist das Vorhandensein einer gewissen Zahl, einer jederzeit verfügbaren Masse von Arbeitslosen notwendig für das Kapital um erstens ein Druckmittel zu haben, das heißt die Löhne der LohnarbeiterInnen senken zu können, und zweitens die LohnarbeiterInnen zu längerer und zu intensiverer Arbeit zwingen zu können. Der Spielraum des Kapitals, die Ausbeutung der LohnarbeiterInnen zu erhöhen, nimmt mit der Zahl der Arbeitslosen zu, verringert sich die Größe der industriellen Reservearmee, so schränkt dies seinen Spielraum ein.

Letztlich funktioniert die so genannte Arbeitsgesellschaft auch, solange die kapitalistische Wertschöpfung insgesamt so hoch ist, dass der Teil der Lohnabhängigen, der keine Lohnarbeit hat und nicht durch persönliche Bindung an einen Lohnarbeiter oder eine Lohnarbeiterin gekoppelt ist, durch einen Sozialstaat auf niedrigem Niveau abgesichert werden kann.

In der BRD entstanden soziale Sicherungssysteme, bei denen die soziale Versorgung stark an die Lohnarbeit gekoppelt ist bzw. war. Diese Sozialversicherungssysteme sind nicht mehr funktionstüchtig, wenn die Zahl der LohnarbeiterInnen und damit der BeitragszahlerInnen sinkt und dabei ein Missverhältnis zwischen Lohnarbeitenden und Leistungsberechtigten entsteht. Die wachsende Produktivität in den kapitalistischen Zentren führt tendenziell zur Überproduktion, die sich in Form der Krise des Kapitalismus zeigt und eine Krise der Reproduktion und profitablen Verwertung des Kapitals ist. Andererseits braucht das Kapital gar nicht alle Menschen, die Lohnarbeiten können, um Profite zu machen. Dauerhaft ist Vollbeschäftigung im Kapitalismus nicht möglich. Die Umsetzung der Forderung nach mehr Arbeitsplätzen führte in den letzten Jahren zu Lohnarbeit mit Niedriglöhnen, bei denen keine relevanten Beiträge zur Sozialversicherung herauskommen. Im Gegenteil, teilweise subventioniert der Staat diese Form der Arbeit noch. Sie bedeutet Armut für die Lohnabhängigen und höhere Profite für das Kapital.

Die hohe Arbeitslosigkeit ist zum einen Ausdruck einer inzwischen Jahrzehnte dauernden Krise des Verwertungsprozesses des Kapitals, die mit Hilfe und auf Kosten der Verschuldung des ideellen Gesamtkapitalisten verschleppt wurde. Das »Ende der Arbeitsgesellschaft« meint die Unmöglichkeit im Kapitalismus, ab einem gewissen Stand der fortgeschrittenen Entwicklung der Produktivkräfte den Menschen noch in Arbeit zu bringen.

Die Entwicklung der Produktivkräfte führt dazu, dass die in den Maschinen steckende, vergangene Arbeit zunimmt. Die in den Maschinen verkörperte vergangene Arbeit ersetzt bei der Produktion der Waren zunehmend die lebendige Arbeit des Menschen. Unter anderem mit Hilfe von Rationalisierung, durch Automation, Robotik, Mikroelektronik und elektronischer Datenverarbeitung spart das Kapital unter dem Druck der kapitalistischen Konkurrenz die lebendige Arbeit der LohnarbeiterInnen ein. Die Produktivkraft der Maschinen, also die Technologie übernimmt zu einem großen Teil die Wertschöpfung, die bisher die arbeitenden Menschen in der kapitalistischen Produktion hatten.

Wenn Menschen durch Maschinen ersetzt werden, sinkt die Rate des Mehrwerts, weil weniger Arbeitszeit in den produzierten Waren steckt, aber die Masse des Mehrwerts steigt durch die Steigerung der Produktion in derselben Zeit.

Dabei können immer mehr Waren und Werte produziert werden, auch wenn bzw. gerade weil fast ausschließlich Maschinen die Arbeit übernehmen. Das macht auf einer bestimmten Stufe eine große Zahl von Menschen für die Mehrwertproduktion überflüssig, die über die Größe der notwendigen industriellen Reservearmee hinausgeht. Sie können dauerhaft nicht mehr in der von automatischen Maschinen dominierten Produktion eingesetzt werden. So sind über die industrielle Reservearmee hinaus immer mehr Menschen nicht mehr in die Lohnarbeit integriert und werden nie mehr für ein Lohnarbeitverhältnis gebraucht. Entweder müssen sie durch den Sozialstaat mitversorgt werden, oder als billigere, profitablere Alternative, in soziale Ghettos abgeschoben werden.

Aber selbst in den sozialen Ghettos wird zur Befriedung bzw. Ruhigstellung ein minimaler Konsum in der Regel noch zugestanden.

Während jetzt ein über die industrielle Reservearmee hinausgehender immer größerer Teil der Menschen aus der Lohnarbeit herausfällt bzw. entlassen wird, wird für den Rest die Arbeit so sehr intensiv verdichtet und extensiv ausgeweitet, dass sie weniger für ihre eigene Reproduktion leisten können. Dieser Verlust an reproduktiver Arbeitsleistung kann zunächst zum Teil durch den Einsatz von Technik im Haushalt ersetzt werden. Darüber hinaus bieten die vielen für die Lohnarbeit überflüssigen Köpfe und Hände ein großes Reservoir von Menschen, die jede Arbeit annehmen und bereit sind, für wenig Geld Dienstleistungen, zum Beispiel in privaten Haushalten zu erbringen. Ihre Bezahlung ist dabei notwendig deutlich schlechter als die Löhne im produktiven Sektor der Lohnarbeit und häufig arbeiten sie ohne Sozialversicherungsschutz, sonst würde sich der Einsatz von DienstleisterInnen für die LohnarbeiterInnen mit Geld nicht lohnen. So kann ein Teil der überschüssigen Ware Arbeitskraft aus dem produktiven, mehrwertschaffenden Sektor in den unproduktiven, konsumptiven Dienstleistungsbereich verschoben werden. Die auf industrieller Arbeit beruhende kapitalistische Gesellschaft bekommt den Anschein einer Dienstleistungsgesellschaft.

Dieser Prozess ist nur ein Teil von Arbeitsauslagerung aus der regulären Lohnarbeit. Immer mehr Menschen werden aus der regulären Lohnarbeit in die Scheinselbstständigkeit entlassen. Anschließend werden sie wieder zu einem Bruchteil der Lohnkosten für dieselbe Arbeit mit scheinselfständigem Status eingestellt. Es entsteht ein durch den Staat geförderter Niedriglohnsektor. Existiert er systematisch, hilft er dem Kapital im noch bestehenden regulären Lohnarbeitsbereich den Preis der Ware Arbeitskraft weiter zu drücken.

Der Staat lässt sogar zu, dass Menschen für Löhne arbeiten, die zum Leben nicht reichen. Im Interesse des Kapitals subventioniert der ideelle Gesamtkapitalist solche Arbeitsverhältnisse mit ergänzenden Sozialleistungen, mit denen er die miserablen Löhne zum beschlossenen Existenzminimum aufstockt. Die Menschen, die solche Arbeit tun, verbinden mit ihr die meist illusionäre Hoffnung, irgendwie wieder in den schrumpfenden Bereich der regulären Lohnarbeit hochzurutschen.

Die als Arbeitskräfte überflüssigen Menschen werden sowohl in den kapitalistischen Zentren als auch im Weltmaßstab in der Peripherie in gesellschaftliche Ghettos abgesondert. Im Trikont bedeutet das Hunger und Tod, Vernichtung durch Ausschluss und zum Beispiel durch die Ablehnung der kapitalistischen Zentren von wirksamen Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakatastrophe, die der Profitmaximierung dient und bei der die Vernichtung der Ernährungsgrundlagen von Milliarden von Menschen in Kauf genommen wird.

Weil die unterentwickelt gehaltenen Länder historisch und bis heute nicht Akteure der kapitalistischen Akkumulation, sondern Gegenstand der fortgesetzten Ausbeutung der heutigen kapitalistischen Zentren EU-Europa, USA und Japan waren und sind, sind sie aufgrund der fehlenden Infrastruktur in den Bereichen Technologie, Verkehr und Bildung den Konjunkturverläufen des kapitalistischen Weltmarkts und ihren katastrophalen Wirkungen hilflos ausgeliefert. Sie sind ökonomisch nicht in der Lage, eine eigenständige Produktion zu entwickeln.

Das angebliche Ende der so genannten Arbeitsgesellschaft ist bestimmt dadurch, dass die Zahl der Menschen, die im kapitalistischen Sinn überflüssig weil unproduktiv sind, so groß ist,

dass ihre Versorgung durch den Staat, den ideellen Gesamtkapitalisten nicht mehr finanzierbar ist, ohne den Kern der Profite des Kapitals anzugreifen. Damit kann der Sozialstaat für alle nicht mehr aufrechterhalten werden.

Tatsächlich ist dieses jedoch auch nicht das Ende der Arbeitsgesellschaft. Denn ohne Lohnarbeit kein Kapitalismus! Aber neue soziale Beziehungen rücken die Selektion und Abwertung von menschlichem Leben in die Mitte der Gesellschaft.

Weil viele Menschen für das Profitinteresse des Kapitals überflüssig sind, gibt es ein zunehmendes ökonomisch begründetes Interesse an der und damit die Tendenz zur Selektion und Abwertung von Menschen. Im Unterschied zu der über das ökonomische hinausgehenden fanatischen Selektion und Abwertung von Menschen im NS-Faschismus äußert sich dieses Interesse heute überwiegend kühl und rational – in einer dem (potenziellen) Technofaschismus angemessenen Form. Besonders im Visier sind Menschen, die gar nicht oder nicht mehr arbeiten können. Denn für das Kapital stellt sich ständig die Frage, auf wieviel Profit es verzichten muss, wie groß der Abzug von seiner Profitmasse ist, damit diejenigen von der Gesellschaft versorgt werden können, die nicht Lohnarbeiten bzw. Lohnarbeiten können und damit keinen Mehrwert bringen.

Gleichzeitig werden Fortschritte zum Beispiel im Gesundheitswesen unterminiert durch die zerstörerischen Bedingungen in der Produktion selbst, durch Gifte, Stress, Unfälle usw.

Wenn Menschen dennoch älter werden als bisher, erhöht das die Kosten, zu Lasten der Profitmasse des Kapitals. Das Gesundheitswesen, das eine Solidargemeinschaft war und in Klassenkämpfen errungen wurde, wird vom ideellen Gesamtkapitalisten, dem Staat, umgebaut. Zunehmend sind die Einzelnen dafür verantwortlich, selbst dafür zu sorgen, dass sie ausreichend abgesichert sind. Wer das nicht kann, hat eben Pech gehabt.

In den Krankenhäusern führt zum Beispiel das System der Kostenerstattung nach Kopfbeträgen bzw. Fallpauschalen statt wie früher nach Belegzeiten der Betten zur »blutigen Entlassung« der PatientInnen, bei der die Nachsorge und die Pflege nach Operationen aus dem Krankenhaus hinausverlagert werden.

Mit dem Ende der mit einem Sozialstaat verbundenen Form der so genannten Arbeitsgesellschaft wird zur puren Ideologie, was konstituierend war für den Kapitalismus bei seiner Durchsetzung gegen Adel und Klerus, die Befreiung vom Feudalismus, die Freiheit vom SklavInnentum und die damit verbundene Freiheit, sich selbst (auf dem Arbeitsmarkt) zu verkaufen. So genannte Ethikdiskussionen werden von Staat und Kapital angezettelt, um die Demontage der sozialen Sicherungssysteme oder die Anwendung neuer Technologien wie die Gentechnik mit ihrer Tendenz zur Selektion und Abwertung menschlichen Lebens möglich zu machen. Im Interesse des Kapitals wird dabei die Frage gestellt, ob es zulässig ist, dass auch wer unproduktiv und nicht ins Lohnarbeitssystem integriert ist, noch ernährt werden soll. Allerdings wird hierbei im kapitalistischen Gesamtinteresse abgewogen. Es darf nie nur Vernichtung geben, ein Schuss Humanität und die Beteiligung am Konsum soll in einem zur Befriedung ausreichenden Maß erhalten bleiben für diejenigen, die noch Lohnarbeiten bzw. noch als Lohnarbeitsfähig angesehen werden. Im Zuge der Überwachungs-gesellschaft und der Möglichkeiten zur totalen Kontrolle hinter den Kulissen werden die Spielräume für Staat und Kapital für repressive Lösungen aber größer.

Aufgrund des Fortschritts der Produktivkräfte kann die gesellschaftlich notwendige Arbeit erledigt werden, ohne dass alle arbeiten müssen oder indirekt als unproduktiver Teil der

Bedarfsgemeinschaft in das Lohnarbeitssystem integriert sind. Oberflächlich betrachtet, scheint alles nur eine Frage der mehr oder weniger gerechten Verteilung der Waren zu sein.

Hier setzen diejenigen an, die ein bedingungsloses Grundeinkommen fordern. Auf Grundlage der enormen Produktivität der Gesellschaft soll eine Entkoppelung der sozialen Versorgung von der Lohnarbeit verwirklicht sein, behaupten sie. Objektiv knüpft diese Forderung an die Beobachtung an, dass bereits jetzt soziale Leistungen nicht mehr nur aus Beitragszahlungen, sondern auch aus Steuermitteln finanziert werden. Die Sozialabgaben der Lohnabhängigen reichen nicht mehr aus, um alle vom ideellen Gesamtkapitalisten noch als notwendig – nicht zuletzt zur Befriedung – angesehenen Sozialleistungen bezahlen zu können. Das hat umgekehrt damit etwas zu tun, dass der ideelle Gesamtkapitalist mit seiner Politik des sozialen Terrors dazu beigetragen hat, den Wert der Ware Arbeitskraft im Interesse des Kapitals zu senken.

Unberücksichtigt bleibt beim Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, dass es politökonomisch im Kapitalismus gar nicht anders sein kann, als dass die sozialen Leistungen an die Lohnarbeit gekoppelt sind – direkt oder indirekt. Denn was im Kapitalismus denjenigen, die kein Kapital besitzen und verwerten können, als Grundlage ihres individuellen Konsums als einziges bleibt, ist ihre Arbeitskraft. Die müssen sie auf dem Markt verkaufen, um dafür im Tausch Waren von den KapitalbesitzerInnen zu erhalten. Der Wert der Ware Arbeitskraft bemisst sich nicht allein an den notwendigen Waren, die der Mensch zur Reproduktion braucht. Marx hat im ersten Band des Kapitals festgestellt, dass der Wert der Ware Arbeitskraft selbstverständlich die notwendigen Lebensmittel der »Ersatzmänner« also der zukünftigen ArbeiterInnen, der Kinder mit einschließt, denn sonst ginge dem Kapitalist die Arbeitskraft der LohnarbeiterInnen, diese besondere Ware, die die einzige Grundlage seiner Profite ist, langfristig verloren. Wieviel die Lohnabhängigen während der Lohnarbeitszeiten, bei Krankheit, bei Arbeitslosigkeit, in der Kindheit, bei der Ausbildung und im Alter als notwendige Waren bekommen, hängt vom Stand des Klassenkampfes und vom Stand der Produktivkräfte ab. Auch die Frage der Verteilung dieser Waren innerhalb der Gruppe der Lohnabhängigen bzw. des Zugangs zu diesen Waren hängt ab vom Stand des Klassenkampfes. Das können eigene Ersparnisse sein, verzinste Guthaben, was heute vom Kapital propagiert wird, oder wie zu Beginn des Kapitalismus in Deutschland Leistungen gewerkschaftlicher Unterstützungskassen, oder wie im Vollbeschäftigungsmodell der so genannten Arbeitsgesellschaft vom Staat, dem ideellen Gesamtkapitalisten, betriebene soziale Sicherungssysteme. Mit den Bismarckschen Sozialgesetzen wurden letztlich die Versorgungsleistungen den gewerkschaftlichen Unterstützungskassen entzogen und unter staatliche Kontrolle gestellt. Damit verloren die Gewerkschaften gleichzeitig eine wesentliche Machtbasis. Die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft, um Zugang zu einer sozialen Versorgung zu erhalten, war nicht mehr notwendig.

Im Kapitalismus, das heißt innerhalb des kapitalistischen Verwertungsprozesses, handelt es sich bei sozialen Leistungen des Staates immer um eine Umverteilung des Werts von notwendigen Waren, der durch die Lohnarbeit geschaffen wurde und den Gegenwert der Ware Arbeitskraft darstellt. Dieser Wert kann höher oder niedriger sein, je nach Situation im Klassenkampf und unterschiedlich verteilt werden zwischen den Phasen der Kindheit, der Ausbildung, der Krankheit, der Arbeitslosigkeit und des Alters. Alles, was zur Versorgung von Menschen beiträgt, geht ab von der Profitmasse des Kapitals, da darf mensch sich keine Illusionen machen.

Unbeantwortet bleibt aber in den Illusionen der VertreterInnen des Konzepts einer so genannten sozialen Infrastruktur, warum das Kapital so weitgehende Zugeständnisse

machen sollte und eine bedingungslose Grundversorgung zulassen sollte. Wer sollte in der Lage sein, den aus der kapitalistischen Konkurrenz resultierenden ökonomischen Zwang zur Profitmaximierung außer Kraft zu setzen? Ohne die Machtfrage zu stellen kann eine soziale Bewegung das nicht erreichen.

Zu glauben, allein die Entkoppelung der Sozialleistungen von Beitragszahlungen der Lohnabhängigen trage dazu bei, den Kapitalismus in Frage zu stellen, führt in die Falle des Reformismus und öffnet VertreterInnen des Kapitals, die nur noch minimale Versorgungsleistungen gewähren wollen, alle Türen (s. z.B. Hartz IV).

Das bedingungslose Grundeinkommen ist Teil einer kostenlosen so genannten sozialen Infrastruktur, die in (links)sozialdemokratischen Diskussionen gefordert wird. Dazu gehören Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnraum und Mobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Lohnarbeit wird dabei ausdrücklich nicht angetastet, sie bleibt ein Element für die Befriedigung von Konsumbedürfnissen, die über die gesellschaftlich als notwendig angesehenen hinausgehen. In seinem Text »Eine soziale Infrastruktur ist notwendig« schreibt zum Beispiel Joachim Hirsch: »Es geht in der Tat darum, den Zwang zur Lohnarbeit zu vermindern. Abgeschafft werden soll sie allerdings nicht. Dies würde in der Tat das Ende des Kapitalismus bedeuten. So wünschenswert dies wäre, sind die Bedingungen dafür nicht gegeben und wir verfügen derzeit auch über kein überzeugendes Modell gesellschaftlicher Regulierung, das ohne Privateigentum und Marktwirtschaft auskommt. Deshalb bleibt Lohnarbeit – oder auch selbständige Arbeit für den Markt – notwendig zur Befriedigung von Bedürfnissen, die über die Grundsicherung hinausgehen.« Aus diesen Worten spricht die Angst vor der eigenen Courage, die alte sozialdemokratische Angst vor revolutionärem Chaos, der Wunsch nach kapitalistischer Ordnung, die das reale Chaos für die Masse der Menschen weltweit ist.

In alter sozialdemokratischer reformistischer Tradition wird dem Staat selbst die Rolle zugeschrieben, den an die Lohnarbeit gebundenen Sozialstaat fortschrittlich abzuschaffen: »Wenn die Ökonomie so umgebaut wird, dass die überkommenen Arrangements des Sozialstaats ausgehebelt werden, ist es Aufgabe des Staates, die Infrastruktur für das gesellschaftliche Leben in anderen Formen zu finanzieren und zur Verfügung zu halten. Es ist in erster Linie eine Aufwertung aller Arten der informellen Arbeit und eine Relativierung des Stellenwerts von Lohnarbeit nötig«, schreibt Heinz Steinert von links-netz.

Bei der hier beabsichtigten bloßen Entwertung, nicht Abschaffung, der Lohnarbeit wird übersehen, dass das Konkurrenzdenken, von dem die Menschen durch die Lohnarbeit geprägt sind, auch in die Reproduktion hineinreicht. Die Menschen wollen sich durch Konsum und Besitz profilieren und ihren sozialen Status mitformen.

Wer die Forderungen nach bedingungslosem Grundeinkommen und sozialer Versorgung als radikale Reform ansieht, die über den Kapitalismus hinausweisen könnte, übersieht bzw. will übersehen, dass die Rolle des Staats, des ideellen Gesamtkapitalisten, der alles streng sozialdemokratisch richten soll, unangetastet bleibt, dass der Warentausch weiter die Grundlage der Gesellschaft bildet und dass die Verfügung über Produktionsmittel (mindestens) in größerem Umfang und damit die Steuerung des Produktionsprozesses beim Kapital verbleibt. Auch die Auffassung, dass sich dieses Modell langfristig für das Kapital aufgrund der vielen Lohnarbeitslosen aufdrängen könnte, ist falsch, denn es gibt als profitable Alternative, wie wir gesehen haben, die zunehmende menschenverachtende und -vernichtende Tendenz zur Selektion und Abwertung, um Abzüge bei der Profitmasse zu verhindern oder zu verringern.

Der vom Kapital gewünschten Tendenz zur Selektion halten die neosozialdemokratischen VertreterInnen der so genannten sozialen Infrastruktur den aussichtslosen Versuch entgegen, mit der Umsetzung ihrer Vorschläge, einen menschlichen Kapitalismus zu schaffen. Eine kostenlose soziale Versorgung mit integrierter bedingungsloser Grundversicherung durchzusetzen, ist nicht denkbar, ohne permanenten Klassenkampf von unten, der zu einer institutionalisierten gleichstarken Gegenmacht zum Kapital führt. Wenn es diese gäbe, und das gesellschaftliche Kräfteverhältnis entsprechend verändert wäre, stellt sich nicht die Frage irgendeines bedingungslosen Grundeinkommens. Die gesellschaftlichen Veränderungen wären so radikal, dass die sozialrevolutionäre Abschaffung des Kapitalismus durchsetzbar wäre. Wer in solch einer Situation gegen die Abschaffung des Kapitalismus arbeitet aus Angst vor Fehlschlägen, macht deutlich, dass es ihm oder ihr nur um das bequeme Einrichten im Kapitalismus auf weltweiten Leichenbergen geht. Dies ist ein konterrevolutionäres Modell, kein radikaler Reformismus und schon gar nicht sozialrevolutionär. Diese neue sozialdemokratische Variante ist nur die ideologische Stoßtruppe oder sogar Teil derjenigen, die mit der Brechstange Privatisierung und Deregulierung durchsetzen wollen. Sie sind die WegbereiterInnen für diejenigen, die auf die weitere materielle Verarmung und psychische Verelendung vieler Menschen abzielen.

Im Gegensatz zu der aussichtslosen und vielleicht verzweifelten Hoffnung, innerhalb des Kapitalismus könnten die durch den technologischen Fortschritt der kapitalistischen Produktion entwickelten Potenziale für eine menschliche Gesellschaft freigesetzt werden, geht es darum, für eine im Prozess der sozialen Revolution grundlegend veränderte Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Waren, Geld und Lohnarbeit zu kämpfen. Nur wenn Menschen gemeinsam einer solchen Gesellschaft zum Durchbruch verhelfen, können sie die emanzipatorischen Potenziale der technologischen Errungenschaften nutzbar machen und Destruktivkräfte beseitigen.

Es reicht nicht aus, die Lohnarbeit nur teilweise in Frage zu stellen. Verwirklichter Humanismus ist nur mit der vollständigen Abschaffung der Lohnarbeit und des kapitalistischen Verwertungszwangs möglich.

Eine Kampagne im Jahr 2010, im Jahr der Zerstörung vieler sozialer Existenzen, die das Wertgesetz und die Lohnarbeit und/oder das Ende der so genannten Arbeitsgesellschaft zu ihrem zentralen Thema macht, bietet eine Chance, antikapitalistische Positionen breiter bekannt zu machen und mit vielen Menschen neu zu diskutieren. Ob daraus neue Bündnisse entstehen können, bleibt abzuwarten.

**Beitrag für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken
am 12./13. Dezember 2009 in Köln**